

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

„Kein sterbendes Land“

Die Hauptversammlung der Sozialausschüsse des Rheinlandes in Bergheim/Erft

Vor fast 500 Teilnehmern der Schlußkundgebung der Hauptversammlung der Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft des Rheinlandes am 26. Februar 1966 erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Franz Meyers, das Land Nordrhein-Westfalen sei kein „sterbendes Land“, so wie es gern von verschiedener Seite behauptet werde. Der Ministerpräsident des größten deutschen Bundeslandes stellte seine Ansprache unter das Motto: „In Nordrhein-Westfalen hat die Zukunft schon begonnen.“

In seiner Rede würdigte Dr. Franz Meyers die Leistungen der von ihm in den letzten acht Jahren geführten Landesregierungen. Dabei hob er besonders die großen Verdienste Karl Arnolds hervor. Ohne Karl Arnold sei das Werden des Landes Nordrhein-Westfalen nicht zu denken, betonte der Ministerpräsident.

Als Meyers 1958 zum ersten Mal zum Regierungschef in Düsseldorf gewählt wurde, seien die Schwerpunkte seiner Arbeit besonders der Bau von Krankenhäusern, Wohnungen, Straßen und Schulen gewesen. Mit Beginn seiner zweiten Amtsperiode im Jahre 1962 seien weitere wichtige Schwerpunkte hinzugekommen: die Reinhaltung von Luft und Wasser, die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die Lösung wichtiger kultureller Fragen sowie die Strukturplanung.

Ministerpräsident Dr. Meyers sagte in Bergheim, daß allein in Nordrhein-Westfalen nach 1945 für 8,5 Millionen Menschen Wohnungen gebaut worden seien. Die Erfolge der CDU in Nordrhein-Westfalen könnten sich überall sehen lassen. Die Union als Regierungspartei brauche sich daher nach einer 17½-jährigen Regierungszeit nicht zu schämen, wenn sie auf die geleistete Arbeit zurückblicke. Nordrhein-Westfalen habe eine Krankenhausdichte wie kaum in der Welt und die Maßnahmen, die für die Reinhaltung von Luft und Wasser getroffen werden, seien vorbildlich in der ganzen Welt. Dabei unterstrich Meyers, daß auf Wunsch von Präsident Johnson eine amerikanische Regierungsdelegation (unter Leitung des US-Innenministers Udall) nach Nordrhein-Westfalen reisen werde, um die von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Reinhaltung von Luft und Wasser zu studieren.

Zur Schließung verschiedener Zechen in seinem Lande sagte Ministerpräsident Dr. Meyers, es gebe keinen Grund für

Demonstrationen und schwarze Fahnen. An die Adresse der SPD gerichtet, erklärte er: „Was ich in letzter Zeit von Sozialdemokraten in dieser Frage erlebt habe, hat ein Regierungschef seit Brüningens Zeiten nicht mehr erlebt.“ Vor der Schließung von Zechen müsse jedoch, sagte Dr. Meyers, der Sozialplan für den einzelnen Menschen stehen. Er sprach sich dafür aus, daß Ersatzindustrien eine Erwerbslosigkeit auffangen müßten und betonte gleichzeitig, daß es möglich sei, für 1500 Arbeitnehmer, die durch stillgelegte Zechen noch keine Arbeit gefunden hätten, 5000 neue Stellen zu vermitteln.

Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Konrad Grundmann setzte sich vor der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft des Rheinlandes dafür ein, daß der soziale Rechtsstaat auf allen Gebieten geschaffen werden müsse. Er betonte, daß die Sozialausschüsse darauf nicht verzichten werden. Grundmann hob hervor, daß beispielsweise das Kindergeld nicht die alleinige Frage der Familienpolitik sei. Der Familie müsse vielmehr der ihr zustehende Platz in der Gesellschaft gesichert werden. Scharf wandte sich Minister Grundmann gegen Versuche, die Familie verächtlich zu machen: „Das Kreuz der Geschichte ist, daß die Familie zur Witzblattfigur gemacht wurde.“

Minister Grundmann sprach sich für eine regere Diskussion in der Union aus. In allen demokratischen Parteien der Welt, die ihre Länder jahrzehntelang geführt haben, betonte Grundmann, habe es

Fortsetzung Seite 2

Parteiführung straffen

Gute Zusammenarbeit der CDU in Baden-Württemberg

Einen Landesvorstand der baden-württembergischen CDU als politisches Führungsgremium, unbeschadet der Selbständigkeit der vier Landesverbände, forderte Landtagspräsident Dr. Gurk bei dem 12. Parteitag seines Landesverbandes Nordbaden in Pforzheim.

Wie Dr. Gurk in diesem Zusammenhang erklärte, hat die CDU Nordbaden mit den übrigen Landesverbänden entsprechende Verhandlungen aufgenommen.

In einem Rechenschaftsbericht befaßte sich Dr. Gurk neben innen- und außenpolitischen Problemen vor allem mit organisatorischen Fragen, zu denen er u. a. ausführte:

„Die Zusammenarbeit der vier CDU-Landesverbände in Baden-Württemberg ist sehr gut. Der Eifer des Wettbewerbs um die bessere Leistung fördert die Arbeit. An gemeinsamen Einrichtungen bestehen die Konferenz der vier Landesvorsitzenden in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und der Minister sowie

der Landtags-Fraktionsführung, ferner eine gemeinsame Pressestelle. Ein gemeinsamer Landesvorstand für Baden-Württemberg ist vorhanden, doch bisher nur für die Aufstellung der Landesliste zu den Bundestagswahlen zusammengetreten. Die Bundestagsabgeordneten der CDU aus Baden-Württemberg bilden in Bonn eine Gruppe unter Leitung des Landesvorsitzenden MdB Adorno, der auch zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion berufen wurde.

Von unserem Landesvorstand und Landesausschuß aus besteht der Wunsch, in Stuttgart neben der Konferenz der vier Landesvorsitzenden auch einen eigent-

Fortsetzung Seite 2

„Kein sterbendes Land“

Fortsetzung von Seite 1

immer Diskussionen über die richtige Politik gegeben. Den Kritikern, die diese Diskussionen ablehnen, hielt er die Frage entgegen: „Wer noch nicht einmal in seiner Partei diskutieren kann, wie will dieser erst mit dem deutschen Volk diskutieren?“

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten drei Anträge, die sich mit der „Reform der gesetzlichen Sparförderung“, der „Raumordnung in Nordrhein-Westfalen“ sowie mit Fragen der „Mobilität des Menschen, Voraussetzung für die eigene und die Existenz von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft“ befassen.

Im Antrag zur Reform der gesetzlichen Sparförderung ist die CDU aufgefordert worden, möglichst unverzüglich die Reform der gesetzlichen Sparförderung zu diskutieren und sachgerechte Vorschläge zu erarbeiten. Die Sparförderung wird in dem Antrag neben dem Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer als das wichtigste Instrument der Eigentumpolitik der CDU/CSU angesehen. Sie dürfte daher nicht allein unter fiskalischen Gesichtspunkten betrachtet werden, heißt es in der Entschließung. Bevor der nicht der CDU angehörende Finanzminister dem Kabinett Änderungsvorschläge vorlege, die in erster Linie von fiskalischen Einsparungserwägungen bestimmt seien, müsse die stärkste Regierungspartei zu diesem Problem politische Stellung nehmen, wird dazu ergänzend gefordert.

Gegen Abbau der Sparförderung

In diesem Zusammenhang sprach sich die Hauptversammlung gegen einen Abbau der verschiedenen Sparförderungsarten aus. Es sollten im Gegenteil den Beziehern niedrigerer Einkommen bei Sparleistungen noch höhere Begünstigungen gewährt werden.

Zur Frage der Raumordnung in Nordrhein-Westfalen hat die Hauptversammlung der Sozialausschüsse gefordert, die Landesplanung habe die Ordnung des Raumes so zu beeinflussen, daß unerwünschte Entwicklungen verhindert und erwünschte Entwicklungen ermöglicht und gefördert werden. Maßnahmen der Strukturpolitik müßten das wirtschaftliche Wachstum fördern. Wirtschaftlich zurückgebliebene Landesteile seien dagegen besonders zu unterstützen.

Als vordringliche Aufgaben der Raumordnungspolitik werden genannt:

- Die Sicherung von Flächen für Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen, für die Industrie, für die Land- und Forstwirtschaft, für die Wasserwirtschaft, für Erholung und für die Gewinnung von Bodenschätzen.
- Die Grundausstattung aller Teile unseres Landes mit den erforderlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, d. h. Verbesserung der Infrastruktur.

Nach Auffassung der Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft des Rheinlandes ergeben sich für eine bessere Ordnung der Teilräume

Nordrhein-Westfalens folgende besondere Aufgaben:

- Die am dichtesten besiedelten Gebiete, die sogenannten Ballungskerne, sind nach Wohnvierteln, Industriegebieten, Grün- und Verkehrsflächen neu zu ordnen.
- In den Ballungsrandgebieten ist eine geordnete räumliche Entwicklung zu sichern. Zur Entlastung der Ballungskerne muß der Ausbau von Entlastungsstädten gefördert werden.
- In den ländlichen Gebieten ist die Förderung von Städten und Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung voranzutreiben.

In der dritten Entschließung hat es die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft des Rheinlandes begrüßt, daß der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem zweiten Jahresgutachten auch Stellung genommen hat zu Fragen der beruflichen Ausbildung, der beruflichen Mobilität sowie zu den Problemen des wirtschaftlichen Wachstums. In diesem Zusammenhang betonen die Sozialausschüsse des Rheinlandes:

„Der technisch und wachstumsbedingte Strukturwandel der Wirtschaft wird immer höhere Anforderungen an die berufliche Qualifikation und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer stellen. Diesen erhöhten Anforderungen wird die Arbeitnehmerschaft nur dann gerecht werden können, wenn ihre schulische und berufliche Bildung und Ausbildung verbessert werden. Dazu ist vor allem vordringlich: die Verlängerung der Vollzeitschulpflicht, die Verbesserung der betrieblichen und überbetrieblichen Berufsausbildung, die Schaffung eines einheitlichen Berufsausbildungsgesetzes.“

Damit die berufliche Mobilität erhöht werde, sollte nach Auffassung der Sozialausschüsse das System der Förderung der beruflichen Fortbildung und der beruflichen Anpassung weiter ausgebaut werden. Über die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Ausbildung und Fortbildung hinaus gewinne, so wird her-

Parteiführung straffen

Fortsetzung von Seite 1

lichen Landesvorstand als politisches Führungsgremium zu bilden, unbeschadet der organisatorischen Selbständigkeit der Landesverbände.

Es wird erforderlich sein, die Parteiorganisation vom Ortsverband aus noch intensiver auszubauen und sie auch finanziell stärker als bisher durch die Mitgliederbeiträge zu festigen. Wir brauchen eine intensive innerparteiliche Schulung und Diskussion. Die Gewinnung und Heranbildung umfassend ausgebildeter Mitarbeiter auf hauptamtlicher und vor allen Dingen ehrenamtlicher Basis ist ein dringendes Erfordernis. Die Öffentlichkeitsarbeit, die wir in unserem Landesverband durch Fachkongresse, Pressegespräche und öffentliche Diskussionen so erfolgreich begonnen haben, muß in der

vorgehoben, die Erwachsenenbildung in allen ihren Aspekten für die Arbeitnehmerschaft immer mehr an Bedeutung. Die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft des Rheinlandes hat daher in der Entschließung gefordert, alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung institutionell und personell zu fördern.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Mick, Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft des Rheinlandes, hob in seiner Rede besonders hervor, die Sozialausschüsse wüßten, daß das Land Nordrhein-Westfalen am 10. Juli vor der schwersten Wahl seiner jungen Geschichte stehe. An Rhein und Ruhr werde sich nicht nur entscheiden, wer in Düsseldorf, sondern auch, wer auf die Dauer und mit Erfolg in Bonn regieren könne. Ohne zu übertreiben, sagte Mick, könne er sagen, daß die christlich demokratische Arbeitnehmerschaft in Nordrhein-Westfalen eine Position habe, die zu Buch schlage. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung dieses Bundeslandes lebe von abhängiger Arbeit. Hier habe die christlich-soziale Bewegung ihre stärksten Bastionen. Mick fügte wörtlich hinzu: „Wir sind heute nicht zusammengekommen, um Rechte anzumelden, um Forderungen zu stellen; wir stehen an, Pflichten zu übernehmen, vermehrt Pflichten zu übernehmen, weil die Stunde es erfordert.“

Die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Karl-Heinz Lanius, Adolf Müller, MdB, und Hermann Weber, sind von der Hauptversammlung in ihren Ämtern bestätigt worden. Außerdem wurden 11 weitere Vorstandsmitglieder in Bergheim gewählt.

Kein Verzicht der Saar

Der saarländische Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder hat eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß das Saarland auf der Verwirklichung des Schifffahrtswegs von der Saar zum Rhein bestehen wird, wenn Brüssel und Luxemburg die Als-Ob-Tarife nicht anerkennen. Die CDU-Bundestagsabgeordneten des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz haben Schritte zur Bildung eines Dreiergremiums, das parlamentarische Maßnahmen im Interesse des Kanalbaues vorbereiten soll, eingeleitet.

Zukunft verstärkt fortgeführt werden. Sie bringt der Bevölkerung das Verständnis für unsere Ziele und Sachentscheidungen nahe. Diese Öffentlichkeitsarbeit ist die beste Vorbereitung für Wahlkämpfe, und wir werden ja 1968, eigentlich schon 1967, wieder mit einem Landtagswahlkampf rechnen müssen.“

Aus dem Bericht Dr. Gurks ging hervor, daß die CDU Nordbaden 13 Kreisverbände mit zehn Kreisgeschäftsstellen besitzt, ihr gehören insgesamt 10 409 Mitglieder an. Dr. Gurk forderte die Delegierten auf, in der Mitgliederwerbung noch aktiver zu werden. Insbesondere müßten mehr Frauen für die Arbeit in der Union gewonnen werden. Unter den Mitgliedern der CDU Nordbaden befänden sich nur 10,8 Prozent Frauen, obwohl die Mehrheit der CDU-Wähler von Frauen gestellt wurde.

Familie, Jugend, Sozialpolitik

Kommunalpolitische Vereinigung legt Leitsätze vor

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands hat soeben neu formulierte Leitsätze zur Familien-, Jugend- und Sozialpolitik veröffentlicht. Sie sind den Gegebenheiten der gewandelten Zeit angepaßt.

Die Leitsätze sind in zwei Abschnitte gegliedert: Im ersten Teil sind die allgemeinen Grundsätze einer christlich sozialen Politik enthalten; der zweite Abschnitt erläutert die Grundsätze im Hinblick auf die verschiedenen möglichen Maßnahmen.

Wie aus einem Vorwort der Leitsätze erkennbar ist, hat der Vorstand der KPV keinen Zweifel daran gelassen, daß durch die unterschiedliche Finanzkraft die sonstigen wichtigen Aufgaben der Gemeinden nicht alle Kommunen in der Lage sein werden, die familienpolitischen Maßnahmen in dieser Breite auszubauen. Zwar sollte natürlich das Gebot der Sparsamkeit beachtet werden. Dennoch aber sollte gerade im Bereich der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik alles versucht werden, um diese Arbeit zu verbessern.

Die Leitsätze, die zusammen mit ihrer Begründung in der zweiten Februar-Ausgabe 1966 der „Kommunalpolitischen Blätter“ veröffentlicht wurden, haben folgenden Wortlaut:

Die Familien-, Jugend- und Sozialpolitik ist im Rahmen der richtungsweisen Gesetze des Bundes und der Länder wesentlicher Bestandteil christlich demokratischer und christlich sozialer Kommunalpolitik.

Die Familien-, Jugend- und Sozialpolitik soll nicht nur materielle Not beseitigen, sondern mit zur Neugestaltung unserer Gesellschaftsordnung beitragen, in der alle Gruppen der Bevölkerung ihren rechten Platz haben und die Familie im Vordergrund steht.

Die Familien-, Jugend- und Sozialpolitik soll die Selbsthilfekräfte des einzelnen wie der Familie anregen, erhalten und stärken. Die Familie ist in allen Notständen des Lebens Erstverpflichtete und darf aus ihrer Verantwortung für ihre Mitglieder nicht entlassen werden.

Die Familien-, Jugend- und Sozialpolitik dient der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaats. Der totale Versorgungsstaat wird abgelehnt. Notwendige Hilfe soll großzügig gewährt werden.

Die Familien-, Jugend- und Sozialpolitik soll ihre Maßnahmen nach dem Grund-

satz treffen: Vorbeugen ist besser als heilen. Dies ist menschenwürdiger und im Ergebnis sparsamer.

Die Familien-, Jugend- und Sozialpolitik hat den Vorrang der Kirchen und der freien Verbände in ihrer Arbeit vor der Hilfe der öffentlichen Hand zu berücksichtigen. Die Gemeinden haben die Kirchen und freien Verbände durch Bereitstellung der erforderlichen Leistungen in die Lage zu versetzen, ihre Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen.

Bei gleichartigen Maßnahmen sind bei der Förderung der freien Träger die Grundsätze und Maßstäbe anzuwenden, die für die Finanzierung der Maßnahmen der Gemeinden gelten.

Die Belange der Familien-, Jugend- und Sozialpolitik müssen bei der Orts- und Regionalplanung berücksichtigt werden.

Die Gemeinden sollen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung mit freien Verbänden, Kirchen und Staat vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Die Tätigkeit für die Gemeinschaft setzt voraus, daß sich dafür geeignete Menschen in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen. Um sie zu gewinnen, müssen sich alle Kräfte der Gesellschaft nachhaltig dafür einsetzen, daß der Wert der sozialen Arbeit in unserem Volke wieder höher eingeschätzt wird.

Familien- und Jugendpolitik

Auch die Gemeinden haben nach Artikel 6 Grundgesetz die Aufgabe, Familie und Ehe zu fördern. Sie sollen über die Maßnahmen des Bundes und der Länder hinaus durch wirtschaftliche und pädagogische Hilfen die Familien unterstützen, insbesondere haben sie zum Ausbau der Familienberatung beizutragen.

Ohne gesunde Familien gibt es keine gesunde Jugend, ohne umfassende Familienpolitik keine wirksame Jugendpolitik. Familien- und Jugendpolitik gehören eng zusammen. Dies gilt auch für die Kommunalpolitik.

Für Familienförderungsmaßnahmen sind grundsätzlich keine Einkommensgrenzen festzusetzen.

Sozialhilfe

Sozialhilfe hat heute nicht mehr in erster Linie die Aufgabe, materielle Not zu beseitigen. Sie soll vor allem den Menschen helfen, die sich in einer besonderen Notlage befinden (Krankheit, Behinderung, seelische Gefährdung, fehlende Entwicklungsmöglichkeiten, Altersschwierigkeiten), die sie mit eigenen Kräften nicht bewältigen können.

Insbesondere die geistige Not der Isolierung und Einsamkeit vieler Menschen unserer Industriegesellschaft machen eine individuelle Hilfe und Beratung erforderlich.

Am Rande

ar. Seit der SPD-Abgeordnete Wienand, an dessen „Kampf dem Atomtod“ sich noch der eine oder andere erinnern mag, ausgerechnet in einer illustrierten seine erste Attacke gegen den „Starfighter“ ritt, ist der Kampf gegen diese moderne Waffe der deutschen Bundeswehr nicht abgerissen. In den letzten Wochen, immer wieder von der SPD angeheizt, hat sich der Widerstand gegen das Waffensystem des Starfighters geradezu zur Hysterie gesteigert.

Es ist traurig, daß Ereignisse wie die Unfälle unserer Starfighter-Piloten entgegen ursprünglichen Versicherungen von SPD-Seite nun doch in das parteipolitische Hickhack hineingezogen werden. In demagogischer Weise schützt man das Interesse an unserer Verteidigungskraft vor, um um so besser gegen den Bundesverteidigungsminister zu Felde ziehen zu können.

Bundesminister von Hassel hat vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages — zusammen mit seinen Luftwaffenspezialisten und den Piloten dieser modernen Waffe — Rede und Antwort gestanden. Dabei ist keine Frage offengeblieben, und es hat sich insbesondere herausgestellt, daß die Starfighter-Unfälle keine „Serie“ sind, sondern daß jeder Unfall des letzten Jahres nach Ursache und Begleitumständen verschiedenartiger Herkunft ist. Eine ganze Reihe von Maßnahmen, teils schon durchgeführt, teils noch geplant, sollen sicherstellen, daß das Fliegen mit dem Starfighter in Zukunft nicht gefährlicher sein soll als das militärische Training mit weniger modernen Waffensystemen.

Daß Minister von Hassel, nachdem er vor dem zuständigen Ausschuß alle Fragen beantwortet hat, angesichts des großen Interesses der Öffentlichkeit sich nun auch an diese wendet, scheint den Herren von der SPD nicht zu gefallen. Sogar das Wort „skandalöses Verhalten“ ist da gefallen, allerdings von einem SPD-Abgeordneten, dessen mit Recht erworbener Spitzname nicht eben auf einen zurückhaltenden Umgang mit der deutschen Sprache schließen läßt.

Die CDU ist jederzeit bereit, für die Untersuchung von Umständen einzutreten, die der Untersuchung zu bedürfen scheinen. Sie hat daher im Bundestag eine Berichterstattung des Verteidigungsministeriums über die Starfighter-Unfälle gefordert. Sie muß sich aber dagegen verwahren, daß die Starfighter-Unfälle als Hebel benutzt werden, um damit unsere Verteidigungskraft überhaupt aus den Angeln zu heben. Mag sein, daß die SPD dies nicht will. Den Beweis dafür ist sie allerdings bisher schuldig geblieben.

Lebendigere Landtagsarbeit

Auf einhellige Zustimmung sind die Pläne des schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten Dr. Rohloff gestoßen, die Arbeit des Landtages durch eine aktuelle Stunde und eine Fragestunde lebendiger zu gestalten.

Ausbildungsförderung nötig

CDU-Frauenvereinigung tagte in Hamburg

In einem eindringlichen Appell wandte sich der 5. Delegiertentag der Bundesvereinigung der Frauen der CDU an die Parlamente und Regierungen in der Bundesrepublik, neben der Sorge für die berufstätige Frau den gesellschaftlichen Rang und die soziale Sicherheit der Hausfrau und Mutter zu stärken und auszubauen.

Der Delegiertentag, der am letzten Wochenende in Hamburg zu Ende ging, forderte alle meinungsbildenden Kräfte auf — insbesondere Presse, Funk, Film und Fernsehen —, den sieben Millionen Hausfrauen im berufstätigen Alter die Beachtung zu schenken, die ihnen wegen ihrer sozialen, wirtschaftlichen und erzieherischen Leistung zukommt.

Frau Aenne Brauksiepe, MdB, die Vorsitzende der Bundesvereinigung der Frauen der CDU, bekräftigte den Appell von Dr. Rainer Barzel, Artikel 6 des Grundgesetzes zum Angelpunkt der künftigen deutschen Innenpolitik zu machen: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung; die Mutter hat Anspruch auf Schutz und Fürsorge der Gemeinschaft.

Die Delegiertenversammlung nahm zu der Frage der Ausbildungsförderung mit folgender Entschließung Stellung:

„Die Bundesvereinigung der Frauen der CDU sieht in einer guten Ausbildungsförderung unserer Jugend eines der dringendsten Erfordernisse sowohl der Bildungs- wie der Familienpolitik. Sie bittet die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage, dafür Sorge zu tragen, daß in einem Übereinkommen zwischen Bund und Ländern möglichst bald die Grundlage für eine einheitliche und wirkungsvolle Ausbildungsförderung geschaffen wird, um allen jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, wie sie ihrer

Neigung, ihrer Begabung und ihrem Leistungswillen entspricht.“

Eine zweite Entschließung wurde zu den Wohnungsproblemen gefaßt:

„Der Vorstand der Bundesvereinigung der Frauen der CDU wird beauftragt, sich in den zuständigen Gremien dafür ein-

zusetzen, daß im Rahmen der Fortführung des sozialen Wohnungsbaues und aus dem Wohnungsbestand mehr Wohnungen auch für alleinstehende Menschen, für alle Menschen und für kinderreiche und junge Familien bereitgestellt werden.“

Neu in den Vorstand gewählt wurden: Als gleichberechtigte Vorsitzende der Bundesvereinigung (neben Frau Aenne Brauksiepe MdB) Frau Charlotte Fera, Vorsitzende der Landesvereinigung der Frauen der CDU, Hamburg, Mitglied der Bürgerschaft Hamburg, als Beisitzerinnen Frau Maria Jacobi MdB, Westfalen, Frau Dr. Berta Konrad, Nordbaden, Leiterin der höheren Fachschule für Sozialarbeit in Heidelberg. Wiedergewählt als Beisitzerin wurde Frau Lieselotte Berger, Vorsitzerin der Landesvereinigung der Frauen der CDU Berlin.

Rechtsradikalismus nahm zu

Keine bedrohliche Entwicklung zu erkennen

Wie jedes Jahr hat der Bundesminister des Innern in diesen Tagen wieder einen Bericht über die Entwicklung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik veröffentlicht. Die Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen:

Zwar haben die rechtsradikalen Parteien bei den Bundestagswahlen 1965 ihren Stimmenanteil von einem Prozent (1961) auf 2,2% erhöhen können; trotzdem wurde das Ergebnis auch im Ausland als eine Absage gewertet.

Die Bemühungen des Rechtsradikalismus um eine Sammlung der nationalistischen Kräfte war nur z. T. erfolgreich; zwar hat die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ihre Vorgängerin, die „Deutsche Reichspartei“ (DRP) rein zahlenmäßig übertroffen — es gelang ihr jedoch nicht, auch nur eine einzige weitere Organisation zum Beitritt zu gewinnen.

Dem Anstieg der Mitgliederzahlen rechtsradikaler Organisationen um 6100 auf 28 600 stand auf der anderen Seite eine nach wie vor erhebliche Zersplitterung gegenüber: 111 rechtsradikale Organisationen verfügen nur über insgesamt etwa 13 000 Mitglieder.

Das erneute Ansteigen der Auflageziffern rechtsradikaler periodischer Veröffentlichungen um 43 800 auf 227 000 ist überwiegend auf die „Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung“ und das NPD-Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ zurückzuführen; die auf die Gewinnung national-konservativer Bevölkerungskreise abgestellte Verschleierungstaktik war also nicht ganz erfolglos.

Die Zahl der nazistischen und antisemitischen Ausschreitungen ist zwar von 171 Fällen 1964 auf 521 Fälle im letzten Jahr angestiegen — dem steht jedoch gegenüber, daß die Zahl der Ausschreitungen im Jahre 1960 über 1200 gelegen hatte und daß von den 291 im letzten Jahr ermittelten Tätern über die Hälfte (51%) aus unpolitischen Gründen handelte, bzw. daß die Täter Kinder oder Geisteskranke waren.

In einer politischen Würdigung hat Bundesinnenminister Paul Lücke das Ergebnis des Berichts zusammengefaßt:

Die Analyse läßt den Schluß zu, daß zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft der Rechtsextremismus keine aktuelle Gefährdung unseres demokratischen Rechtsstaates bedeutet. Es gibt jedoch immer noch rechtsradikale Restbestände, denen es 1965 offenbar gelang, ihren bisher raschen Zerfall aufzuhalten und einer weiteren Zersplitterung entgegenzuwirken. Es wird daher auch in Zukunft Wachsamkeit geboten sein, damit diese Minderheit nicht eines Tages zu einer Gefahr für das deutsche Volk und die von ihm gewählte Verfassung werden kann.

Mehr Mittelpunktschulen

Kultusminister Langeheine sprach über Niedersachsens Schulsituation

Seit 1957 sind in Niedersachsen 720 Mittelpunktschulen geschaffen worden, weitere 250 sollen bis 1970 eingerichtet werden. Das hat der niedersächsische Kultusminister Richard Langeheine (CDU) erklärt, der anläßlich der „Barsinghauser Gespräche“ einen Überblick über die Schulsituation dieses Bundeslandes gab.

Während 1957 noch 4700 Volksschulen mit 19 000 Klassen bestanden, waren es 1965 rund 4300 mit 22 700 Klassen. Für 1970 wird in Niedersachsen mit rund 3770 Volksschulen und 25 700 Klassen gerechnet. Der Minister bezeichnete es dabei als besonders wichtig, daß die Klassenfrequenz, die gegenwärtig noch 33 Schüler pro Klasse beträgt, auf 30 gesenkt wird. Allein um diese Maßnahme durchzuführen, müssen 700 neue Lehrerstellen geschaffen werden, die Kosten belaufen sich auf rund 14 Millionen DM.

In den nächsten vier Jahren sollen in Niedersachsen weitere 40 Realschulen gebaut werden, deren Zahl dann rund 250 betragen wird. Die Zahl der Gymnasien soll um 28 auf 214 zunehmen. Die Eingangs- und Förderstufen, die begabten Kindern ohne Prüfung den Übergang auf

eine Realschule oder ein Gymnasium ermöglichen sollen, werden nach den Plänen des Ministers weiter ausgebaut.

Eine Expertenkommission arbeitet gegenwärtig Vorschläge aus, wie der Lehrermangel behoben und ganz allgemein der Lehrerberuf attraktiver gemacht werden kann. Sie läßt sich dabei von dem Grundsatz leiten, daß jedem Lehrer die Möglichkeit gegeben werden muß, in eine andere Schulart überzuwechseln.

„Der Schulbau ist die größte Sorge der kommunalen Selbstverwaltung im kulturellen Sektor. Wir wollen diese Sorge freimütig diskutieren und nach gangbaren Wegen suchen, wie auch in der Zeit finanzieller Verknappung der Schulbau so gefördert werden kann, daß der weitere Ausbau des Schulwesens nicht beeinträchtigt wird“, betonte der Kultusminister.

SED-Parteitag verboten

Berliner SED hat Bogen überspannt

Der für das vergangene Wochenende geplante Parteitag der Westberliner SED wurde auf Anordnung der Alliierten Kommandantur verboten. Die SED hatte beabsichtigt, ihren Parteitag zu einem provokatorischen internationalen Kommunistentreffen auszuweiten.

In Westberlin ist auf Grund des Viermächte-Status, der zumindest noch de jure für Gesamtberlin gilt, die SED als politische Partei zugelassen. Erfolge waren ihr nie beschieden, bei den Wahlen erlitt sie stets schwere Niederlagen. Gleichwohl gelang es der Westberliner Filiale der Zonenstaatspartei, sich in den letzten Tagen die Schlagzeilen der Westberliner Zeitungen zu erobern. Wohl ermutigt durch den Skandal vor dem Amerikahauss beabsichtigte die SED in Berlin, ihr Recht, so wie jede andere Partei auch Parteitage abzuhalten, zum einem Anschlag gegen die Freiheit des demokratischen Teils der geteilten ehemaligen deutschen Hauptstadt zu mißbrauchen. Der SED-Parteitag sollte zu einem internationalen KP-Treffen ausgeweitet werden, zu dem 20 Delegationen kommunistischer Parteien aus dem Ostblock und dem Westen erwartet wurden.

Zur Abwicklung des Treffens hatte sogar der Moskauer Chefideologe Suslow höchstpersönlich dem Westberliner SED-Vorsitzenden genaue Richtlinien erteilt.

Diese offensichtliche Herausforderung wurde durch eine Anordnung der Alliierten zunichte gemacht. Die alliierte Kommandantur verbot kurzerhand das KP-Treffen. Dazu wurde vom Senat erklärt:

„Der Senat würde nicht dagegen einschreiten, sondern die Berliner Bevölkerung aufrufen, durch die Nichtachtung der geplanten Veranstaltung die Mauerpartei zu isolieren, wenn die SED in Westberlin, wie es den realen Gegebenheiten entspricht, eine Art von Bezirksparteitag abhalten würde. Er ist nicht bereit, der SED in Westberlin eine Demonstration im Sinne der von ihr vertretenen Eigenstaatlichkeit Westberlins und einer internationalen Berlin-feindlichen Kampagne zu gestatten.“

Die Berliner CDU meinte zu dem Verbot: Mit einer Propagandaschau des internationalen Kommunismus auf dem Boden unserer Stadt hat die SED lediglich eine Demonstration gegen das freie Berlin und dessen Zugehörigkeit zum Bund veranstalten wollen. Die alliierte Entscheidung schließt jedoch nicht aus, daß die SED als zugelassene Partei nach wie vor die Möglichkeit behält, einen regulären Parteitag abzuhalten, so daß sie keinen Vorwand hat, um bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus sich dem Votum der Berliner Wähler zu entziehen.

Auch die Berliner Tageszeitung „Der Kurier“ begrüßte die alliierte Entscheidung und schrieb dazu: „Es ist in Berlin beliebt geworden, bedenkliche politische Vorgänge mit dem Satz zu verharmlosen, wir könnten dies und jenes ‚verkräften‘. So hat man zunächst auch auf die Ankündigung reagiert, daß die sogenannte SED-Westberlin in Spandau einen Parteitag veranstalten wolle.“

Mit Hilfe der für die Sicherheit der Stadt verantwortlichen Alliierten hat man jedoch inzwischen erfreulicherweise bemerkt, daß es hier nicht einfach darum

geht, politisches Propagandagerede einer zugelassenen Splitterpartei hinzunehmen, sondern um weit mehr. Was die Kommunisten zu inszenieren vorhatten, fordert zu hartem Eingreifen heraus.

Schon die Ankündigung zahlreicher Besucherdelegationen zeigt, daß die ursprünglich vom Senat vorgesehene ‚weiche Welle‘, also die Beschränkung des Treffens auf die in Westberlin ansässigen SED-Mitglieder, undurchführbar ist. Sol-

Fernsehen und Hörfunk

Hallo RIAS

Am vergangenen Sonnabend wird die Mehrzahl der deutschen Fernsehzuschauer eine Sendung mit dem Titel „Hallo Rias“ gesehen haben, die zwar auf beste Weise unterhaltend war, gleichzeitig aber auch einigen Anlaß zum Nachdenken bot. Die Sendung kam vom Sender Freies Berlin, denn der RIAS selbst ist ein reiner Hörfunksender, und so machte der SFB in nachbarlicher Verbundenheit diesen Streifzug durch 20 Atherjahre des RIAS-Berlin. Das war der Anlaß dieser Sendung: 20 Jahre Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin. Das heißt, zunächst hieß der Sender korrekterweise DIAS, denn statt Rundfunk gab es in den ersten Monaten Drahtfunk für alle diejenigen, die noch einen Telefonanschluß, einen alten Rundfunkempfänger und ein Stück Draht, mit dem beide verbunden werden konnten, besaßen. In einem halbzerstörten Flügel des Berliner Fernmeldeamtes in der Winterfeldt-Straße in Berlin-Schöneberg wurde notdürftig der Betrieb aufgenommen. Zwar gab es schon seit dem 13. Mai 1945 wieder einen Rundfunksender in Berlin, aber die Deutschen wollten nach vielen Jahren nationalsozialistischer Bevormundung nichts weniger, als diese jetzt durch sowjetische Kontrolle und Propaganda zu ersetzen.

So wurde aus dem Notbehelf im Laufe von 20 Jahren deutscher Teilung ein Großsender, der seine Aufgabe und Verpflichtung darin sieht, die Landsleute in Ostberlin und Mitteldeutschland unmittelbar an allen Ereignissen und Geschehnissen teilhaben zu lassen und ihnen das Gefühl zu geben, immer mit ihren Mitbürgern in Westberlin und der Bundesrepublik unlösbar verbunden zu sein. Aus dem Notbehelf ist eine politische Notwendigkeit geworden. Es ehrt den RIAS, daß Roland Müllerburg, sein politischer Direktor, zum 20jährigen Jubiläum erklärte, man sehe keinen Grund, dieses Ereignis groß zu feiern, sondern würde am liebsten bis zu dem Tage warten, an dem die Aufgabe von RIAS endgültig erfüllt und seine Existenz überflüssig geworden sei.

Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues, hat dem

len vielleicht unsere Schutzleute und britische Militärpolizisten zur Ausweiskontrolle rings um den Spandauer Versammlungsort stationiert werden?

Die SED hat den Bogen überspannt. Wer den Viermächtestatus nicht respektiert, kann sich nicht auf ihn berufen, wenn er offenkundig versucht, ‚Freistadt‘-Pläne für Westberlin zu verfolgen. Liebe man die SED in Spandau gewähren, würden sich zudem in Kürze etliche andere von Pankow gelenkte Organisationen wie die FDJ mit Erfolg darauf berufen können. Wer nicht will, daß die kommunistischen Berlin-Ziele erreicht werden und wir auf der schiefen Ebene weiter-rutschen, muß es deshalb begrüßen, wenn die West-Alliierten von ihrer Verantwortung für die Sicherheit Westberlins und die Wiedervereinigung Deutschlands entschiedenen Gebrauch machen.“

RIAS aus Anlaß seines zwanzigsten Geburtstages folgendes Glückwunschtelegramm gesandt:

„Zum 20jährigen Bestehen sende ich Ihnen namens des Präsidiums der Christlich Demokratischen Union Deutschlands wie auch im eigenen Namen herzliche Glückwünsche. Die Entwicklung des RIAS aus dem Notbehelf der Anfangsjahre zum heutigen Großsender führt jedem gutwilligen Beobachter das Leid der deutschen Spaltung mit aller Deutlichkeit vor Augen. Die Bedeutung Ihres Programms für die Hörer in ganz Berlin und in Mitteldeutschland ist größer denn je. So wünsche ich Ihnen für die wichtigen Aufgaben der Zukunft alles Gute und viel Erfolg!“

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Lyndon B. Johnson, schrieb: „Seit nunmehr zwanzig Jahren nimmt RIAS eine einzigartige und höchst bedeutsame Stellung ein. Seit nunmehr zwanzig Jahren ist er Orientierungspunkt der Wahrheit und Quelle der Hoffnung. Seine Botschaft bringt Trost und Ermutigung in eine Welt der Unfreiheit und der Bedrückung. Mit großer Genugtuung würdige ich die Hingabe und die Fähigkeiten der deutschen und der amerikanischen Mitarbeiter des RIAS, denen der ungewöhnliche Erfolg seiner Sendungen zu verdanken ist. Ich freue mich, Ihnen und Ihren Hörern hiermit meine persönlichen guten Wünsche und die freundschaftlichen Grüße des amerikanischen Volkes zu übermitteln.“ Diesen guten Wünschen möchten wir uns anschließen. Viele leitende Mitarbeiter von Hörfunk und Fernsehen auch in der Bundesrepublik haben beim RIAS ihre Ausbildung genossen oder haben dort gearbeitet; der Bogen reicht vom Chef-sprecher des ZDF bis zu seinem Chefredakteur, vom Dirigenten des Saarländischen Rundfunks bis zum Programm-direktor des SFB. Dennoch ist der RIAS nie ausgeblutet, was für die gute Atmosphäre des Hauses spricht. Journalisten wie Roland Müllerburg, Herbert Kundler, Heinz Frentzel und Helmut Meyer-Dietrich werden auch in Zukunft dafür sorgen, daß der RIAS seine schwere und wichtige Aufgabe erfüllt. ohg.

Krach in der SPD-Spitze

Wegner erwartet noch weitere Schüsse aus dem Hinterhalt

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Herbert Wegner, hat in Bonn offene Richtungskämpfe innerhalb der SPD-Führung zugegeben. Auseinandersetzungen in der SPD-Spitze wurden bisher vom Parteivorstand energisch zurückgewiesen.

Vor der Bundespressekonferenz erklärte Wegner, auf die „Enthüllungen“ in der Illustrierten „Quick“ angesprochen (siehe UfD Nr. 8/66), daß es in der Partei grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gäbe. Ohne Namen zu nennen, gab Wegner zu, daß er bestimmten Kräften in der SPD unbequem sei und noch weitere Schüsse aus dem Hinterhalt erwarte. Wegner nannte seine Gegner „Heckenschützen“, die seine kommunistische Vergangenheit geschickt ausnutzten. Aber alle jetzt vorgebrachten Anwürfe seien bereits 1957 widerlegt worden. Wegner forderte seine Kontrahenten auf, die Gegensätze in offener Form mit überzeugenden politischen Argumenten auszutragen.

Wie Wegner in diesem Zusammenhang erklärte, lehne er persönlich jede Untersuchung, wie sie von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Jahn durchgeführt werde, ab. Journalisten, die ihn fragten, ob die SPD die Illustrierte nun auffordern werde, die Wegner-Reportage doch zu veröffentlichen, antwortete der stellvertretende Vorsitzende, daß er weder eine Veröffentlichung erreichen wolle noch die „Quick“ gebeten habe, ihre Enthüllung zurückzuhalten.

Das Eingeständnis Wegners hat in Bonn geradezu sensationell gewirkt, da es die SPD bisher krampfhaft versuchte, Zwistigkeiten in ihrer Parteispitze zu vertuschen. Die „Rheinische Post“ schrieb dazu am 1. März:

„Offener Kampf in der sozialdemokratischen Parteispitze — wann hätte es das je (amtlich bestätigt) gegeben? Wer Herbert Wegners Pressekonferenz gestern morgen im Fraktionssaal der Sozialdemo-

kraten beiwohnte, der erlebte gewissermaßen, wie ein neues Kapitel im Buche der über hundertjährigen Parteigeschichte aufgeschlagen wurde. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, deren überlebensgroße Porträts an der Stirnseite des holzgetäfelten Raumes hängen, schienen verwundert auf den Mann herabzublicken, der sie ein langes Stück ihres politischen Wirkens begleitet hatte.

War es auch ein neues strategisches Meisterstück Wegners, das gestern die Bonner Journalisten erlebten? Nicht von

Eigene Jugendwelle gefordert

Körner bleibt Vorsitzender der Jungen Union Braunschweig

Die baldige Einrichtung einer „Deutschen Jugendwelle“ hat der Landesverband Braunschweig der Jungen Union gefordert, um der zunehmenden Beeinflussung der Jugend im Zonengrenzgebiet durch sowjetzonale Sender entgegenzuwirken. Als Modell für diese Einrichtung hat die Junge Union den Deutschlandfunk empfohlen.

Wie auf dem Landesverbandstag der Jungen Union am Wochenende in Goslar dazu weiter erklärt wurde, sollen alle Rundfunkanstalten der Bundesrepublik dazu Beiträge für ein mehrstündiges Programm liefern.

Die Delegierten wählten den bisherigen Vorsitzenden Hans Albrecht Körner wieder. Neue stellvertretende Vorsitzende wurden Norbert Ernst, Schatzmeister Heinz Fricke und Schriftführer Jochen Knob-

ungefähr hatten prominente CDU-Politiker in den letzten Wochen angesichts des Hin und Her um die Nachfolge Adenauers im Parteivorsitz festgestellt, daß in der Öffentlichkeit kaum noch über die SPD gesprochen werde. Dem hat Wegner gestern wahrhaftig abgeholfen.

Für die nicht direkt beteiligte Öffentlichkeit bleibt die Feststellung, daß sich unsere beiden großen Parteien nun auch im Punkt „Affären“ weitgehend angeglichener zu haben scheinen. Bei der CDU hatte man es nie als gegen die guten Parteimanieren verstoßend empfunden, einen prominenten Mann „anzuschießen“. Wenn man Wegner Glauben schenken darf, dann dürfte es nunmehr in der SPD nicht anders sein. Wie bemerkt doch der Stellvertretende SPD-Vorsitzende zum Schluß: „Ich habe noch eine Reihe von Schüssen zu gewärtigen, das war eine Waffe mit mehr Schüssen drin.“

lauch. Referenten des Landesverbandstages waren der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jahn und Gerhard Reddemann. Während sich Jahn nachdrücklich für die Beibehaltung der NATO aussprach, setzte sich Reddemann nachdrücklich dafür ein, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu unterstützen.

Vor dem Landesausschuß der Jungen Union Oldenburg forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Müller-Hermann eine engere Zusammenarbeit zwischen den CDU-Landesverbänden Bremen und Oldenburg. Nach Müller-Hermanns Vorstellungen sollen Arbeitskreise gebildet werden, die sich mit den wirtschaftlichen Problemen beider Landesverbände befassen.

Müller-Hermann unterstrich die Notwendigkeit, die Oldenburger Häfen auszubauen, da sie ansonsten nicht wettbewerbsfähig bleiben. Vor allem würde sonst die Industrie abwandern. Die Industrie aber bedeute für Norddeutschland eine Lebensnotwendigkeit. Als erste Maßnahme forderte Müller-Hermann die Vertiefung der Außenweser auf 12 Meter noch für dieses Jahr.

Erfolgreiche Arbeit

Die deutsch-französische Jugendbegegnung und die Aufnahme von Kontakten zur tschechoslowakischen Jugend standen 1965 im Mittelpunkt der Arbeit des Gesamtdeutschen Ferien- und Bildungswerks, dessen Vorsitzender der CDU-Landtagsabgeordnete Paul Scholz ist. Der Umsatz des Ferienwerks, das eng mit den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, der Pommerschen Landsmannschaft und der Deutschen Jugend des Ostens zusammenarbeitet, erreichte rund 325 000 DM.

Votum für Hallstein

Bundesregierung unterstützt Europa-Union

Am 1. März 1966 trafen die sechs Mitglieder der EWG zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Es ging u. a. darum, die Frage nach dem Vorsitz der EWG-Kommission zu klären. Dazu hat die Europa-Union eine Entschließung gefaßt, die folgenden Wortlaut hat:

Die Europa-Union, Europäische Bewegung in Deutschland, begrüßt die „grundsätzliche Meinung“ der Bundesregierung, daß Prof. Hallstein zum Präsidenten der gemeinsamen Kommission der drei Europäischen Gemeinschaften ernannt werden soll. Bei der Regierungskonferenz über die Fusion der Organe wird es aber entscheidend darauf ankommen, daß die deutschen Minister den Standpunkt der Bundesregierung von Anfang an mit aller Härte vertreten. Sie können das um so eher, als die Ernennung von Prof. Hallstein nicht nur von der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik, sondern auch von der Internationalen Europäischen Bewegung und vor allem von anderen Regierungen der EWG-Länder unterstützt wird. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß mit Hallstein der

Geist des Vertrages, den er inzwischen verkörpert, den französischen Forderungen geopfert wird. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung nicht scheuen, für alle die europäischen Kommissare — deutsche und nichtdeutsche — einzutreten, die in der Vergangenheit ihre europäische Überzeugung eindeutig bewiesen haben. Dadurch kann die Bundesregierung am ehesten den Eindruck vermeiden, sie verfolge lediglich nationale Interessen mit der Forderung nach Wiederberufung von Prof. Hallstein.

Die Europa-Union warnt auch davor, den französischen Forderungen nach einem rollierenden System nachzugeben. Die Verträge müssen eingehalten werden. Der Vorsitz kann alle zwei Jahre wechseln, aber er sollte es nicht.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Majonica gegen Zugeständnisse

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Majonica hat sich gegen Zugeständnisse auf der Grundlage des gespaltenen Deutschland ausgesprochen. Die deutsche Politik habe immer klargemacht, so sagte Majonica, daß sie bereit sei, sich die Wiedervereinigung etwas kosten zu lassen. „Aber niemand hat das Recht, vorweg Zugeständnisse zu machen“, betonte der außenpolitische Experte der CDU.

Dank und Kritik

Die Eingliederung der Vertriebenen in Baden-Württemberg

Die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge habe im vergangenen Jahr weitere Fortschritte gemacht, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Willibald Kimmel bei der zweiten Lesung des Etats des baden-württembergischen Innenministeriums.

Noch immer kämen Spätaussiedler aus den Vertreibungsgebieten und Flüchtlinge aus Mitteleuropa in den freien Teil unseres Vaterlandes. 1965 seien nahezu 7400 solcher Flüchtlinge und Aussiedler allein in Baden-Württemberg aufgenommen worden. Die Landesregierung solle alles daran setzen, die Zeit des Aufenthaltes der Familien in den Übergangswohnheimen so weit wie irgend möglich abzukürzen.

Erfreulich sei es, daß es den Bemühungen des Innenministeriums gelungen ist, die letzten Lager für heimatlose Ausländer aufzulösen und diese Menschen, von denen viele fast 20 Jahre lang in teilweise überalterten Unterkünften zubringen mußten, in Normalwohnungen unterzubringen.

Die Förderung der kulturellen Arbeit der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sei verstärkt worden. Die Erhaltung und Pflege des kulturellen Erbes der Heimat

SPD-Angriff gegen Jaksch

Die Angriffe innerhalb der SPD gegen den Bundestagsabgeordneten und Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch, halten an. Jaksch wurde jetzt auch auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Bremen von seinen eigenen Genossen scharf angegriffen. „Solange gegen den führenden Sozialdemokraten Wenzel Jaksch nicht vorgegangen wird, der mit seinen territorialen Ansprüchen gegen die Tschechoslowakei offen gegen das Godesberger Programm verstößt, solange kann auch Neuss nicht ausgeschlossen werden“, wurde dort erklärt.

Vertriebene berücksichtigen

Sie sollen künftig auch im Rundfunkrat in Hessen vertreten sein

Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag hat in einem Antrag zur Änderung des hessischen Rundfunkgesetzes gefordert, künftig auch einen Repräsentanten der Heimatvertriebenen in den Rundfunkrat aufzunehmen. Sie hat darauf hingewiesen, daß die Vertriebenen beispielsweise im Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks mit drei Persönlichkeiten vertreten sind.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Richard Hackenberg erklärte zur Begründung des Antrages u. a.:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Heimatvertriebenen in Bezug auf eine Reihe von Fragen eine eigene Auffassung vertreten und bestimmte Erwartungen hegen. Sie fühlen sich auch in besonderer Weise dem Gedanken der Wiedervereinigung und der Stärkung und Pflege des Rechtsgedankens verpflichtet.“

Der Sprecher verwies dabei auf die Tatsache, daß die Heimatvertriebenen in

den Rundfunkräten der süddeutschen Rundfunkanstalten vertreten sind und daß das große Verständnis, das die ostdeutschen Menschen bei den dortigen Regierungsparteien finden, auch in den Rundfunkgesetzen zum Ausdruck komme.

Hackenberg wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Diffamierung der Vertriebenen und ihrer Probleme durch manche Sendungen in Funk und Fernsehen. Er erklärte dazu u. a.: „Wer es in Presse, Funk und Fernsehen durch Mißbrauch der Massenmedien den erklärten Gegnern der deutschen Wiedervereinigung erlaubt, die Grundpositionen als angeschlagen oder ausgehöhlt anzusehen, erreicht nur, daß das legitime deutsche Verlangen als eine Nebensächlichkeit in die Schublade gelegt wird.“

Der Abgeordnete dankte in diesem Zusammenhang den Funktionären der Vertriebenenverbände für ihre Arbeit: „Ich bin der Meinung, wir sollten die Menschen, die sich in unserer Zeit haupt- oder nebenamtlich dem allgemeinen Wohl widmen und in diesen Funktionen arbeiten, nicht gering schätzen und diskriminieren. Eine Demokratie lebt von den Menschen, die nicht nur an sich denken, sondern für andere da sind.“

Adenauers Dank

Der CDU-Vorsitzende und frühere Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer hat der Schlesischen Landsmannschaft für die Verleihung des Schlesier-Schildes gedankt. In einem Brief an den Sprecher der Landsmannschaft, Landesminister a. D. Erich Schellhaus, schrieb Dr. Adenauer u. a.: „Ich bin stolz und sehr froh, die Auszeichnung zu besitzen. Sie zeigt mir, daß mein Bemühen um das Heimatrecht der Vertriebenen und um die Wiederherstellung der Einheit aller Deutschen in Frieden und Freiheit anerkannt wird.“

CDU-Anfrage in Hessen

Die CDU-Fraktion des hessischen Landtages hat die Landesregierung aufgefordert, Auskunft über die Haltung des Innenministers gegenüber den „Wirtschaftsflüchtlings“ aus den Ostblockländern zu geben.

vertriebenen bezeichnete der CDU-Abgeordnete als ein wichtiges Ziel der Regierungspolitik.

Leider würden auch die für 1966 vorgesehenen Mittel für die Barauszahlung der Hauptentschädigung wiederum nicht ausreichen, wenn es nicht gelingen sollte, durch Anleihen Vorfinanzierungsmittel von etwa 500 Millionen DM zu beschaffen. Es sei am Platze, den Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Kriegsgeschädigten Dank und Anerkennung dafür auszusprechen, daß diese Einschränkungen in Würdigung der gesamtwirtschaftlichen Lage so diszipliniert hingenommen worden seien.

Die Schadensfeststellung für den Lastenausgleich habe weitere Fortschritte gemacht. Von den insgesamt in Baden-Württemberg vorliegenden 870 000 Anträgen auf Feststellung von Vermögensschäden (ohne Hausratschäden) seien bisher 772 000 erledigt worden, das entspreche einem Prozentsatz von 88,8. Allerdings müsse festgestellt werden, daß diese wichtige Aufgabe in den Land- und Stadtkreisen sehr unterschiedlich erledigt würde. Es gebe Ausgleichsamter, die bereits 99,5 Prozent der vorliegenden Anträge bearbeitet hätten, andere erst zu 75 Prozent, also weit unter dem Landes- und dem Bundesdurchschnitt.

Da heute jeder Geschädigte ohne Rücksicht auf das Alter die Möglichkeit habe, wenigstens einen Teil seiner Hauptentschädigung, wenn sie niedriger ist als 5000 DM, über die sogenannten Sparkontenregelung oder über Schuldverschreibungen zu erhalten, seien die Vertriebenen und Geschädigten in den Land- oder Stadtkreisen benachteiligt, in denen die Schadensfeststellung erheblich unter dem Landesdurchschnitt liege.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung R. Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Wer nicht gehorcht, fliegt!

Vorzeitige Verabschiedung von Bezirksbürgermeister kostet 153 000 DM

Zum dritten Male schickt die Berliner SPD einen ihrer Bezirksbürgermeister in die Wüste. Nach Kressmann und Chomse mußte nun Bürgermeister Mattis weichen, weil er sich den personalpolitischen Forderungen seiner Partei nicht fügen wollte.

Ausgerechnet am Tage seines zehnjährigen Dienstjubiläums fand die Amtsperiode des Weddinger Bezirksbürgermeisters Mattis ein Ende. Seine eigenen Genossen in der Bezirksverordnetenversammlung beantragten, ihn von seinem Posten zu entfernen. Was die Sozialdemokraten zu diesem schwerwiegenden, aber in Berlin nicht seltenen Entschluß veranlaßte, ist genau wie im Fall Chomse darauf zurückzuführen, daß Mattis über die Besetzung von Beamtenstellen andere

Vorstellungen als die Partei hatte. Mattis berichtete darüber vor der Presse, daß die Partei verlangt habe, bei der Besetzung der Büroleitung im Bauamt einem sozialdemokratischen Angestellten gegenüber einem qualifizierten Beamten den Vorzug zu geben. Mattis sagte nein und muß nun gehen.

Offiziell hält die SPD ihrem Bürgermeister ein ganzes Sündenregister vor, in dem alles enthalten ist, bis auf die erwähnte personalpolitische Eigenmächtigkeit. Damit an die Öffentlichkeit zu gehen, dazu fehlte der SPD offenbar der Mut.

Unter die 80 Verfehlungen, die Mattis von seiner Partei angekreidet werden, gehört der Vorwurf, er habe die schmutzige Wäsche der Bezirksstellen nicht im Virchow-Krankenhaus waschen lassen. Dazu Mattis: „Man kann mir nicht anlasten, was die Leiter der einzelnen Fachabteilungen zu entscheiden haben.“

Die von der SPD angeführte Behauptung, die Betriebskosten seines Büros seien zu teuer, außerdem seien überflüssige Sitzungen einberufen worden, wurden von Mattis zurückgewiesen. Ein Disziplinarverfahren, das Mattis wegen der Vorwürfe gegen sich eingeleitet hatte, läuft noch.

Sehr verklausuliert wurde ihm dann auch die personalpolitische Unabhängigkeit angekreidet, die nach sozialdemo-

kratischer Version „diktatorisches Verhalten“ lautet. Bei der Begründung des Abberufungsantrages wiesen aber die SPD-Sprecher jede Meinungsverschiedenheit in Personalfragen weit von sich.

Für die CDU distanzierte sich Bezirksverordneter Ziganke von dem Abberufungsantrag mit den Worten, daß seine Fraktion es außerordentlich bedauere, daß offensichtlich in „nicht vertretbarer Weise“ parteitaktische Gesichtspunkte dem Allgemeinwohl der Weddinger Bevölkerung vorangestellt werden sollten. Man hätte auf jeden Fall den Ausgang des Disziplinarverfahrens, das Mattis gegen sich selbst beantragte, abwarten sollen. Denn immerhin werde durch die vorzeitige Abberufung der Steuerzahler mit 153 450 DM belastet.

Die Berliner CDU erklärte zum Fall Mattis:

„Berlins CDU muß feststellen, daß die SPD wieder einmal durch interne Streitigkeiten das ihr gegebene Votum der Wähler über Gebühr strapaziert. Die Auseinandersetzung um Mattis ist bereits der dritte Fall einer Auseinandersetzung der SPD mit ihren an die Spitze der Bezirke gestellten kommunalen Fachleuten.“

Die Affäre Mattis ist um so bedauerlicher, als es sich hier um einen seit 20 Jahren in der Nachkriegsgeschichte Berlins auf verschiedenen Plätzen bewährten Politiker handelt, der offenbar den Parteifunktionären nicht gefügig genug ist.“

Offenbar fürchten auch die übrigen zur SPD gehörenden Berliner Bezirksbürgermeister von der Partei, noch mehr an die Kandare genommen zu werden. Vorsorglich hat der Rat der Westberliner Bezirksbürgermeister das Vorgehen der Berliner SPD gegen Mattis scharf mißbilligt.

Mittlere Reife auch wertvoll

Am vierten „Kulturpolitischen Gespräch“ des Landesverbandes Saar der Jungen Union, das „Die mittlere Reife als berufspolitisches Problem“ zum Thema hatte, beteiligten sich eine größere Anzahl Pädagogen und offizielle Vertreter der Schulbehörden. Die Leitung der Veranstaltung hatte der Vorsitzende des Kulturpolitischen Landesausschusses der JU Saar, Willy Michel. Prof. Dr. Rohde, Rektor der Peter-Wust-Hochschule Saarbrücken, kritisierte, daß die mittlere Reife in der Wirtschaft allgemein nicht gebührend eingeschätzt werde. Oberstudienrat Hase, der Vorsitzende des Saarländischen Philologenverbandes, trat nachdrücklich der Tendenz entgegen, die Schüler, die mit der mittleren Reife das Gymnasium verlassen, als nicht vollgültige Kräfte abstempeln zu wollen. Dagegen stellte der Ausbildungsreferent der IHK Saarbrücken, Dr. Bernhard, fest, daß sich für die jungen Menschen, die das Zeugnis der bestandenen mittleren Reife in der Tasche tragen, eine Fülle interessanter beruflicher Möglichkeiten auftun. Oberschulrat Dr. Hott bezeichnete es im Rahmen der Diskussion geradezu als einen „horrenden Unsinn“, wenn man das Bildungsniveau eines Landes an der Zahl seiner Abiturienten messen wolle. Die Junge Union Saar beabsichtigt mit ihren verschiedenen „Kulturpolitischen Gesprächen“, einem breiten Kreis von Laien und Experten Einblick zu gewähren in das große und sehr differenzierte Bildungsangebot, das an der Saar in den letzten Jahren unter den Kultusministern Dr. Röder und Werner Scherer geschaffen wurde und noch ständig ausgebaut wird.

SPD-Schleichwerbung

In München herrscht Verärgerung und Erstaunen darüber, daß sich die Sozialdemokraten im derzeitigen Kommunalwahlkampf nicht scheuen, sogar im „Karl-Valentin-Musäum“ Parteipropaganda zu betreiben. In dem „Musäum“, das dem Andenken des beliebtesten bayerischen Volkskomikers dient, liegen stapelweise Prospekte, in denen die Münchner aufgefordert werden, die SPD zu wählen. Es soll aber auch schon Besucher gegeben haben, die die Prospekte als Teile der gegenwärtig dort gezeigten Kitschkartenausstellung betrachtet haben.

Linksaußen Steffen

Wieder Ärger um Schleswig-Holsteins SPD-Vorsitzenden

Die politische Kopfwäsche, zu der SPD-Vorsitzender Brandt kürzlich den schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Steffen zu sich zitiert hatte (siehe UID 2 und 4/66), war vergeblich. Das hat sich herausgestellt, nachdem Steffen am 1. März in einem Interview mit dem „Kölner Stadtanzeiger“ dieselben Thesen vertreten hat, mit denen er einen Skandal ausgelöst hatte.

Wie damals trat Steffen auch jetzt für Vereinbarungen mit dem kommunistischen Ulbricht-Regime ein. Um diese Forderung, die eindeutig im Gegensatz zur Politik der im Bundestag vertretenen Parteien steht und die allein die internationale Aufwertung der SED-Machthaber zur Folge hätte, zu begründen, meinte Steffen: „Wenn man sich mit de Gaulle verständigen kann, nur über einige wenige Dinge zu verhandeln, alle anderen aber, die strittig sind, auszuklammern, dann sollte man auch der DDR gegenüber diese Methode versuchen.“

An der SPD-Führungsspitze — und besonders an Herbert Wehner — ließ Steffen kein gutes Haar und gab auch zu, daß es innerhalb der Partei schwere Gegensätze gibt. Er sagte dazu u. a.:

„Einige wenige an der Spitze bestimmen die Linie der SPD oder — daß sie keine Linie hat. Bis zu Godesberg hin

wirkten Sozialdemokraten in die gesellschaftlichen Gruppen hinein, in denen sie lebten und arbeiteten. Jetzt wirken die Interessen dieser Gruppen in die SPD und ihre Führung hinein. Trotz dieser Umkehrung aber hält man am Mythos von der Einheit der Partei fest. Und: Wehner ist fasziniert von der Fähigkeit Adenauers, Entscheidungen hinter dem Rücken der Menschen vorbeizuziehen.“

Dagegen lobt der weit linksaußen stehende SPD-Landeschef verschiedene Zonenkommunisten und ihre angeblichen Bemühungen um die Wiedervereinigung: „Manche deutschen Kommunisten — denken Sie an Harich, Havemann und Apel — haben für unsere nationalen Ziele mehr riskiert als alle Politiker in Westdeutschland, außer Heinemann.“

Man darf gespannt sein, wie die Genossen aus der „Baracke“ diesmal auf diese politischen Sprüche reagieren.